

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Informationen nehmen die Räte und die Auskunftsstellen der Postanstalten entgegen. - Zeitung vertraglich bestimmt. - Ausgabe Nr. 123.

Besitzerschaft der Reichspostdirektion. Zeitung ist eingetragen aus dem 10. August 1920. Herausgeber ist die Reichspostdirektion. Rechtsanwaltsbeauftragter ist die Reichspostdirektion. Rechtsanwalt ist die Reichspostdirektion.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Zeitungsnummer: Aue Leipzig Nr. 1008.

Nr. 123

Dienstag, den 27. Mai 1924

19. Jahrgang

Reichstagsbeginn.

Um unseres Berliner Mitarbeiter.

Der große Tag ist da. Wenn nicht das zur Stunde, da diese Seiten geschrieben werden, noch nicht ganz durchlichte Problem der Regierungsbildung eine Verabschiebung verursacht, dann werden heute nachmittag um 3 Uhr die seit dem 18. März verstreutten vielfältigen Klängen, Rufen und Schnarren im Reichstagssaal, entstaubt und frisch geblüht, wieder ihr unharmonisches aber durchdringendes Gebrüll erheben, und die neu gewählten, zum Teil nur neu bestätigten Volksboten werden in dem Halbrund der Bankreihen des Sitzungssaales ihre Plätze suchen. Der Alterspräsident, alter Vorauftakt nach der sozialdemokratischen Abg. Wilhelm Voß, der im April 1848 geboren ist, auch schon dem letzten Reichstag und der Nationalversammlung angehört hat und wie der Reichstagspräsident Löbe Redakteur ist, wird die konstituierende Sitzung eröffnen und zunächst leiten.

Diese erste Sitzung wird, von der etwas zeitraubenden Wirkung der vorgeschriebenen Formalitäten abgesehen, ein Ereignis von besonderer Bedeutung sein, und das Interesse der Öffentlichkeit befindet sich ja zur Genüge in der Tatsache, daß schon seit langen Tagen alle Tribünenarten für die Dienstagsitzung vorbereitet sind. Diese Tatsache hat allerdings auch einen anderen, weniger harmlosen Hintergrund. Es ist bekannt geworden, daß die Kommunisten gleich die erste Gelegenheit zu einer tatsächlichen Bekundung ihrer antiparlamentarischen Einstellung und zu lebhaften Värmsern hervorruhen wollen. Sie wollen sich keineswegs darauf beschränken, im Sitzungssaal selbst das Erscheinen ihrer besonderen Freunde von rechts, namentlich des Abg. Ludendorff, mit demonstrativer Entrüstung zu begleiten, die sie so gut zu spielen verstehen und die zu einem Teil ihrer von Moskau so gut honorierten Fähigkeiten gehört. Sie wollen auch die Tribüne für ihre Radikalpläne einspannen und haben unter dem Vorwand, sich sofort bei Beginn der Reichstagsession für die politischen Gefangenengen einzusetzen zu wollen, alle ihnen verfügbaren Bullektarten am möglichst exaltierte und aufgewiegelte Parteianderer verteilt. Diese sollen auf ein Stichwort aus dem Saale von der Tribüne aus „demonstrieren“, um das Vorhaben der kommunistischen Fraktion zu unterstützen. Man darf annehmen, daß die Rechte sich der Unterstützung ihrer Freunde für die Abwehr solcher Pläne versichert und die ihr zur Verfügung stehenden Tribünenarten entsprechend verteilt hat. Es kann sich also für den Herrn Alterspräsidenten eine wenig erfreuliche Situation ergeben, die möglicherweise zu starker Handhabung der Geschäfts- und Hausordnung zwingt. Der Abg. Voß, wenn er zu diesem Amt berufen ist — macht trotz seiner Jahre keineswegs den Eindruck des bewußten Kreises auf dem Dache, und es dürfte durch den Präsidenten Löbe zweckentsprechend unterrichtet sein. Löbe selbst war ja wiederholte Malen zu meistern. Er hat sich gefügt auf die ordnungsmäßigen Möglichkeiten, begibt mit einer klugen und entschiedenen persönlichen Art und Unterstreichung von der ordnungsliebenden Mehrheit des Hauses, stets durchaus verhältnismäßig verhältnismäßig unterrichtet sein. Immerhin hat der verfehlte Reichstag viele Szenen erlebt, von denen er sich selbst befreien mußte, und man kann dem neuen Hause nur aufrichtig wünschen, daß ihm solche Ausschreitungen und Tumulte erspart bleiben. Nicht nur in seiner ersten Stunde, sondern dauernd. Die Wahl des Präsidenten wird dabei von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein, und man möchte hoffen, daß sie ebenso glücklich ist wie die, die den bisherigen Verwalter dieses schwierigen Amtes berief. Die Wiederkehr Löbes, die noch keineswegs außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegt, solange das tatsächliche Fraktionsverhältnis zwischen Deutschnationalen und Bandbund nicht geklärt ist, wäre ganz gewiß nicht die schlechteste Option.

Der Beginn der ersten Sitzung wird der sein, daß die Mitglieder einzeln in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen werden, sobald man die neuen Männer und Frauen des Reichstages kennen lernen wird. Dieser Aufruf, der zur Kontrolle unter Umständen wiederholt werden muss, ist verhältnismäßig zeitraubend, gibt aber Gelegenheit, nicht nur die einzelnen Verbindlichkeiten, sondern auch die Gruppierung der einzelnen Fraktionen ins Auge zu fassen die tatsächlich auf einige Schwierigkeiten gestoßen ist welche durch die heutigen Raumverhältnisse noch vermehrt wurden. Immerhin hat jeder der 472 Abgeordneten nun seinen Platz, alle Fraktionen mit Ausnahme der kleinsten Gruppen sitzen in dem Halbrund teilweise eingewandert, sobald die Fraktionsführer in der vorbereiteten Bankreihen untergebracht sind, und nur die Bündige sind zum Teil eingesogen, zum Teil bereit worden. Da aber an normalen Sitzungen

togen nur ein Bruchteil der Abgeordneten im Saale anwesend ist, so wird sich die Raumknappheit nur an den sogenannten großen Tagen geltend machen, zu denen freilich der Tag der Eröffnung in erster Linie zu rechnen ist.

Hat der Namensaufruf ergeben, daß eine genügende Anzahl der neu gewählten Volksvertreter zur Stelle ist, so ist die nächste und zugleich letzte Aufgabe des Alterspräsidenten, die Vornahme der Präsidentenwahl. Nach einem Brauch, der sich bewährt hat, ist man aber dazu übergegangen, diesen sehr umständlichen Wahlgang, der durch die weiteren Wahlhandlungen für die Bizepräsidenten, Schriftführer usw. überaus zeitraubend ist, und der sich nur durch vorherige Vereinbarungen zwischen den Fraktionen etwas vereinfachen läßt, erst in der 2. Sitzung vorzunehmen, das wäre diesmal am Mittwoch. Bis dahin wird sich zu entscheiden haben, ob tatsächlich die Deutschnationalen und der Bandbund sich zu einer Fraktionsgemeinschaft verschmelzen in einer Weise, die den Vorschriften entspricht, und damit eine größere Fraktionsstärke erreichen, als die Sozialdemokraten. Man kann es verstehen, daß angesichts der zu befürchtenden scharfen Zusammenstöße, auf die die radikalen Gruppen direkt hindeuten, den durch langjährige Erfahrung gewitzigten Sozialdemokraten das Präsidentenamt diesmal nicht besonders erstrebenwert erscheint, sondern daß sie einem Deutschnationalen diese aufreibende Aufgabe gönnen möchten. Von solchen Stimmungsmomenten aber kann die Entscheidung nicht abhängen. Sie liegt bei der Gesamtheit des Reichstages, die gleich bei ihrem ersten Zusammentreffen zu zeigen haben wird, ob sie ein arbeitsbereites und arbeitsfähiges Parlament darstellt, wie das deutsche Volk es dringend braucht.

Der Rücktritt des Reichskabinetts.

Die Reichsregierung hatte in ihren Sitzungen vom 6. und 15. Mai 1924 beschlossen, bis zum Zusammentritt des Reichstages im Amt zu bleiben. In Verfolg dieses Beschlusses hat die Reichsregierung gestern erneut zu dieser Frage Stellung genommen und einmütig beschlossen, dem Reichspräsidenten ihre Mission zu übertragen.

Der Reichspräsident hat die Demission angenommen und das Reichskabinett mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte beauftragt.

Die Deutschnationalen beteiligen sich an der Regierungsbildung.

Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, der Deutschen Volkspartei ihren Entschluß mitgeteilt, sich an der Regierungsbildung in der ihrer Stärke entsprechenden Weise zu beteiligen. Die Antwort der Deutschnationalen Fraktion, die an die bereits erfolgte Minorierung des Großadmirals von Tirpitz als geeigneter Vertreter für die Bildung einer arbeitsfähigen Regierung erinnert, enthält Vorschläge für eine Einigung zwischen den für eine Regierungsbildung in Betracht kommenden Parteien. Eine gewisse Konstanz (Fühlung) mit den abtretenden Regierung soll gewahrt werden, die Deutschnationale Fraktion dürfe aber die deutschen Unterhändler nicht mit gebundenen Händen dem Ausland gegenüberstellen. Wie weiter verlautet, beansprucht die Deutschnationale Volkspartei die Stellung des Reichspräsidenten.

Wie aus der Umgebung des Reichspräsidenten mitgeteilt wird, soll dieser geneigt sein, noch einmal eine Reichstagswahl stattfinden zu lassen, die dann unter dem Zeichen des Sachverständigenberichts stehen würde.

England informiert sich über die Stellungnahme des Reichstags.

Deutsch-englische Annäherung?

Rotterdam, 26. Mai. Die "Morning Post" meldet, der deutsche Botschafter war am Freitag früh bei Lord Haldane. Wie verlautet, war der Besuch von Macdonald gewünscht, der über die Stellungnahme des deutschen Parlaments zu dem von der deutschen Regierung angenommenen Expertenbericht informiert zu sein wünschte.

Die "Times" meldet, in den Besprechungen zwischen Staatsrat und Haldane wurde auch die Frage der Kämmungsfristen der besetzten Gebiete erörtert; in dieser Frage scheint eine Annäherung zwischen dem deutschen und dem englischen Standpunkt sich vorzubereiten.

Deutschland bezahlt Besatzungskosten. Der "Tempo" meldet, daß am Freitag eine weitere deutsche Ratenzahlung von 22 Millionen Mark für die Besatzungskosten durch die Kriegslastenkommission überwiesen worden ist.

Die "Gesetz-Rote Fahne" verbietet. Der Polizeipräsident von Berlin hat die an Stelle der "Roten Fahne" in Berlin zur Verbreitung kommende kommunistische "Volkswacht für Pommern" aus denselben Gründen, aus denen er zum Verbot der "Roten Fahne" und der "Roten Fahne für die Provinz Brandenburg und die Lausitz" gestingt war, verboten. Das Verbot dauert bis zum 14. Juni d. J.

Die Tagung des Hansabundes.

Der Hansabund hielt am Sonnabend und Sonntag in Hamburg eine Tagung ab, bei der zunächst der Reichstagabgeordnete Professor Dr. Nieker als Ehrenvorsitzender des Hansabundes eine Rede hielt über die Ziele dieser Vereinigung, als deren Wesentlichstes er den patriotischen Imperativ der Pflicht gegen das Vaterland bezeichnete. Im Mittelpunkte der Tagung stand eine Rede des Reichsbankpräsidenten

Dr. Schacht über die deutsche Währungspolitik.

Nach einer ausführlichen Würdigung der heutigen Politik der Reichsbank erklärte der Redner zur Frage der Auslandskredite, es sei zur Verhüting des Auslands und der ausländischen Kreditgeber, von denen Deutschland in den letzten Zeiten sehr viel Gutes erfahren habe und denen es dafür dankt, gesagt: Solange sich die Kredite auf die anständigen deutschen Wirtschaftskreise erstreckten könnten sie davon überzeugt sein, daß der deutsche Kaufmann keine Kredite in Unfug nehmen werde, die er nicht zurückzuzahlen in der Lage sei. Im übrigen seien kurzfristige Auslandskredite genügend vorhanden, langfristige Investitionen werde aber Deutschland erst erhalten, wenn es auf Grund des Dawesquotienten eine Stabilität in seiner Wirtschaft erzielt habe werde. Auch der Bandwirtschaft müssen langfristige Ansichten zugeführt werden. Vorwiegendlich wird Deutschland im Falle einer Lösung der internationalen Schwierigkeiten in der Lage sein, deutsche Exportbriefe in der Welt in ähnlicher Weise wie seinerzeit Argentinien und Mexiko zu plazieren. Wir werden schloß Dr. Schacht, zu einem neuen Gedanken unserer Wirtschaft nicht kommen, wenn wir nicht einen friedlichen Ausgleich mit den Wirtschaften anderer Völker finden. Ich hoffe, daß die Einsicht in diesem internationalen Zusammenhang auf der anderen Seite stark genug ist, um uns einen Schritt in unseren Schwierigkeiten entgegenzutun. Ich sehe einen solchen Schritt auch auf dem Gebiete der Kolonialpolitik. Deutschland darf nicht auf ewig von der Kolonialwirtschaft ausgeschottet werden. Es würde eine Entlastung der internationalen Lage sein, wenn man Deutschland einen Aufschwung in die Welt hinaus gäbe. Ich glaube, daß der Kampf, den wir geführt haben, auch dem Auslande die Augen geöffnet hat. Wir sehen eine Stimmung in der Welt, beherrscht von dem Gedanken, daß von dem internationalen Haf zu Frieden internationalen Arbeit, zum Warenaustausch zwischen den Völkern, der nicht nur einem Lande, sondern allen Ländern und Völkern diene.

Nach dieser Rede und einer folgenden sprach der Präsident des Hansabundes Reichstagabgeordneter Fischer über das Thema:

Wirtschaft und Sachverständigenbericht. und betonte, daß die Reichsregierung den Sachverständigenbericht angenommen habe, daß aber mit dieser Annahme der Protest gegen den Versailler Vertrag durchaus nicht aufgehoben sei. Das Gutachten selbst stellt keine endgültige Lösung des Reparationsproblems dar. Voraussetzung für Reparationsleistungen ist die Nutznieße der von Frankreich und Belgien bisher durchgesetzten Rhein- und Ruhrpolitik. Die Herstellung internationalen wirtschaftlichen Vertrauens ist unabdinglich, wenn die absolute Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Reparationen in einer Höhe figuriert bleibt, die jeglichen Eigennutz des in der deutschen Wirtschaft arbeitenden Kapitals von vornherein auf Jahrzehnte unmöglich macht. Die konkreten Vorschläge des Gutachtens gehen von sehr erheblichen wirtschaftlichen Verhältnissen aus.

Der Redner ging dann näher auf die großen Schäden ein die Deutschland durch den Versailler Vertrag erlitten hat: Gebietsverluste, Kolonien verloren, Handelsflotte geraubt, Oberschlesien zerrissen, Ruhr besetzt und legte klar, daß Deutschland nur unendlich schwer die Überschüsse herausarbeiten könnte, mit denen das Sachverständigenbericht rechnet. Vor allem aber sei die schwere Bestimmung die Verkaufsvollmacht, die dem von der Reparationskommission eingesetzten Eisenbahnsommissar übertragen werden soll. Hier muß es Nutznieße der deutschen Außenpolitik sein, mit allem Nachdruck auf eine Ausführungsgegesetzung zu drücken, die jede nur irgendeine denkbare Sicherheit für die Obligationen vorstellt, die Preisfestsetzung des Verkaufs aber von dem deutschen Reichsbahnunternehmen nimmt. Welches Interesse politischer Art kann bei den privatrechtlichen Gläubigern, den Inhabern der Eisenbahnbörsigkeiten, bestehen, die doch nur ihre Sorgen und ihre Mortifizionsquote aus dem Geschäft ziehen wollen? Hier liegt eine Unmöglichkeit der Motive dieser Vorschläge vor, die uns berechtigt, durch Verhandlungen die völlige Tendenz dieses Berichtsteils klargulegen und seine Abänderung zu erstreben. Es müßte doch klargemachen

sein, daß die Wirtschaft eines Landes keine Verpflichtungen übernehmen kann, deren Eisenbahnen ganz der Staatshoheit dieses Landes genommen werden können. (Aussteuerung.) So lege Wert darauf, daß man im Innern und Ausland deutsch erkennt, daß wir, wenn wir uns gründlich zur Mitarbeit auf der Basis des Sachverständigenberichts bereit erklären, wie uns der großen damit verbundenen Gefahren restlos bewußt sind.

Wir geben unser Ja

mit Rücksicht auf Rhein und Ruhr, mit Rücksicht auf die Besetzungen und weil wir in diesem Gutachten zum ersten Male nach all den Jahren fruchtbaren Verhandelns, unterbrochener Diskrete, gewaltpolitischer Art den Versuch einer wirtschaftlichen Lösung des Reparationsproblems erledigen, der trotz aller Bedenken in Eingebeten ein Schritt vorwärts zum Wege der Vernunft ist.

Mit der Rede des Präsidenten Dr. Fischer endet die Tagung ihr Ende.

Die Arbeiten der Organisationskomitees.

Die bisherigen Verhandlungen des Organisationskomitees für die deutschen Eisenbahnen in Paris, das sich aus zwei deutschen und zwei alliierten Vertretern zusammensetzt, ergaben volle Übereinstimmung der Anschauungen, was um so mehr zu bestehen ist, als die Beratungen auf Grund deutscher Vorstellungen geführt werden. Die beiden deutschen Vertreter, die Staatssekretäre Dr. Bergmann und Voigt brachten einen vollständig ausgearbeiteten

Entwurf für die künftige Organisation

der deutschen Eisenbahnen nach Paris mit, der das Werk eines Stabes herorruhender deutscher Sachverständiger ist. An seiner Spitze steht Geheimrat Wolf vom Reichsverkehrsministerium; ihm stehen u. a. zur Seite Geheimrat Mittel, der Sohn des Leipziger Theologieprofessors, Geheimrat Homberger als finanzieller Sachverständiger und vier andere Herren. Das Statut, das den Beratungen zugrunde liegt, besteht aus 70 Paragraphen, von denen bisher rund 20 durchverarbeitet sind. Bis Ende nächster Woche dürften wohl die Besprechungen in Paris, die sich rasch und gern vollziehen, beendet sein, worauf die deutsche Abordnung nach Berlin zurückkehrt, um die Gesetzeswirkung auszuarbeiten, die dem Reichstag nur vorzulegen sein werden. Ein schweres Stück Arbeit, das größter Sorgfalt und Genauigkeit bedarf, weil es darauf ankommt, nicht nur den Forderungen des Komitees Davies zu entsprechen, sondern auch die Interessen des Deutschen Reiches in weitestgehendem Maße zu wahren.

Es soll in diesem Zusammenhang nicht darauf eingegangen werden, ob die Durchführung der Vorschläge der Sachverständigen möglich oder wünschenswert sei. Wenn sie aber durchgeführt werden sollte, kann das deutsche Volk wenigstens die Vergebung haben, daß unter der Leitung des Geheimrats Wolf ein Stück Arbeit vollbracht wurde, das Deutschlands Interessen in jedem erdenklichen Maße Rechnung trägt. Geheimrat Wolf gelang es bereits in den Monaten Februar, März und April, während das Komitee Davies tagte und er die ersten schwierigen Verhandlungen mit den beiden alliierten Sachverständigen Agworth und Lefèvre zu führen hatte, für Deutschland zu retten, was nur möglich war.

Der Bericht der Sachverständigen sieht ein zweites Organisationskomitee für die Industriehypothek vor, dessen Beratungen am 2. Juni in Paris beginnen werden. Die beiden alliierten Vertreter, der Franzose Descomps und der Italiener Bianchini arbeiten bereits in Paris. In zahlreichen Privatgesprächen bereiteten sie das Statut für das Budget zur Verwaltung der Industriehypothek vor. Eine Fassungnahme mit dem deutschen Vertreter Trendelenburg erfolgte bisher nicht. Vorläufig läßt sich auch noch nicht sagen, wann Geheimrat Trendelenburg in Paris zu Vorbesprechungen ein-

treffen wird. Augenblicklich, seit vergangenen sind die Arbeiten des britischen Organisationskomitees für die künftige.

Emissionsbank.

Dieses besteht aus dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und dem englischen Vertreter Sir Robert Montagu. Während seines Londoner Aufenthalts arbeitete Schacht mit Aldersley das Statut für die Goldemissionsbank in den Grundzügen aus. Die beiden Hauptvertreter sowie die juristischen Beisitzer werden dem Statut für die Emissionsbank seine endgültige Form geben. Man nimmt in Paris an, daß auch diese Arbeit mühelos vor sich gehen wird.

Im allgemeinen rechnet man in Paris damit, daß bis zum 5. Juni die Statuten für die Eisenbahn, für die Industriehypothek und die Emissionsbank fertiggestellt sein werden.

In der Reparationskommission ist man außerdem überzeugt, daß der Reichstag die notwendigen Gesetze bald beschließen wird und daß in etwa sechs Monaten der Plan der Sachverständigen verwirklicht sein könnte, wenn nicht unvorhergesehene politische Schwierigkeiten sich hindernd in den Weg stellen würden.

Der deutsche Beamtenbund beschwert sich über die Gehaltsneuregelung.

Der Landesverband Sachsen des Deutschen Beamtenbundes veröffentlicht folgende Erklärung zur Neuverreglung der Beamtenbezüge:

Die Beschlüsse des Reichsfinanzministers zur Neuverreglung der Beamtenbezüge ab 1. 6. 24 haben nicht nur bei Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen, sondern in allen sozial denkenden Kreisen eine ungeheure Erregung und Erbitterung hervorgerufen. Diese Regelung stellt alle bisherigen Besoldungspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung in den Schatten.

Die Auswirkung ist folgende: Der ledige Beamte in Gruppe 3 bezahlt jetzt einen Ansangsgehalt von 80 Mark monatlich gegenüber 68,50 Mark bisher (Aufbesserung 11,50 M. monatlich), mit 16 Dienstjahren 107 M. gegen bisher 91 M. (Aufbesserung 16 M.). Demgegenüber ist das Endgehalt eines Beamten in Gruppe 13 (Ministerialrat) von 467,50 auf 800 M. erhöht worden (Aufbesserung monatlich 83,25 M.).

Vom Reichsfinanzministerium mußte erwartet werden, daß es gleicher Entgegenkommen auch gegenüber den unter viel größeren Nöten und Entbehrungen leidenden Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen zeigte. Die Neuregelung ist nur eine Hilfe für die Beamten der oberen Besoldungsgruppen, für die unteren bedeutet sie im Hinblick auf das Sinken des Realwertes der Gehälter (Kaufkraft der Goldmark gleich 60 Pfennigen) eine Verschlechterung ihrer Lebenshaltung. Es ist deshalb durchaus begreiflich, daß die Verhandlungen der Spartenorganisationen diese jeglichen Empfinden hohesprechen durchaus ungerecht und auch vom staatspolitischen Standpunkt aus zu verwerfenden Beschlüsse scharrt abgelehnt haben, und daß von den Spartenorganisationen Maßnahmen ergriffen werden, um durch den Reichstag eine Korrektur herzuführen. Es ist bezeichnend, daß der Reichsbund höherer Beamten das Ergebnis der Neuregelung wegen seiner „zahlenschwachen Ungültigkeit“ abgelehnt hat.

Die Reichsregierung betont, daß durch die Neuregelung die Grundgehälter auf 80 Prozent der entsprechenden Friedensjahre gehoben wären. Das ist eine durchaus irreführende Behauptung, wie dies nachstehende Gegenüberstellung beweist: Gendarm bei der Polizeidirektion Dresden im Frieden 1700–2100 M.; nach der Neuregelung 1104–1478 M.; Amtsgehilfe im Frieden 1400–1800 M., nach der Neuregelung 878–1176 M. Schon nach diesen zwei Beispielen wird man feststellen können, daß von einer 80prozentigen Ausgleichung des Einkommens an die Friedensbezüge nicht die Rede sein

kann, daß vielleicht die Staatsregierung alle Untergrenzen der Bevölkerungsreform von 1920 in geistigtem Maße fühlbar werben will. Notwendig sind große Teile der unteren Beamtenchaft in ihrem Besoldungsgehalt außerordentlich geschmäleriert worden.

Die Finanzlage des Reiches wird auf Jahre hinaus nicht gestalten, die Beamten nach der reinen Leistungstheorie zu belohnen, der Gedanke der sozialen Besoldung wird mehr und mehr im Hintergrund bleiben müssen. Die Besoldungspolitik muß also grundlegend von dem Gedanken geleitet sein, zunächst einmal jedem Beamten das zu geben, was zu einem menschenwürdigen Dasein unbedingt nötig ist. Die gegenwärtige Regelung verbietet die Beamtenchaft dem Reichsfinanzministerium erteilten Errichtung. Offenbar sind maßgebende Kreise bestrebt gewesen, diese Errichtung noch schnell auszunützen, da sonst der neue Reichstag Gelegenheit erhalten hätte, seinerseits eine soziale und gerechte Verbesserung der Beamtenbezüge zu beschließen. Die Beamtenchaft erwartet vom Reichstag, daß er in diesem Sinne sofort eintritt und die vom Reichsfinanzminister betriebene Besoldungspolitik scharf ablehnt.“

Die Einsätze der T. N. in der Landwirtschaft.

Der große Streit der Landarbeiter in Ost- und Westpreußen, von dem nach und nach 15 Kreise erfasst wurden, hat sich nunmehr auch auf die Kreise Marienwerder, Gerdauen und Nordenburg ausgebreitet. Dementsprechend hat sich die Zahl der Güter, auf denen die T. N. zur Ausführung der von den Behörden als lebenswichtig anerkannten Maßnahmen hat herangezogen werden müssen, laufend erhöht; sie beträgt, nachdem dieser Einsatz bereits länger als drei Wochen dauert, annähernd 400 Güter mit 2000 Nothelfern. Auch auf dem bestreiteten Gute Dobbin in Westpreußen, wo seit dem 24. April Nothelfer tätig sind, hält der Einsatz der T. N. noch ununterbrochen an. Im Kreise Jauer-Betzig, wo die T. N. ebenfalls drei Wochen lang zur Verschaffung der Viehpflege und zur Frühjahrsbestellung eingesetzt war, erfolgte am 12. Mai die Wiederaufnahme der Arbeit durch die Nothständigen, sodass die T. N. hier zügig eingesetzt werden konnte.

Die Arbeit der T. N. in Zahlen.

In der Zeit vom 15. März bis Mitte Mai hat sich die Gesamtzahl der Einsatzstellen der Technischen Nothilfe von 3077 auf über 3000, die Zahl der eingesetzten Nothelfer von 76000 auf über 80000 erhöht. Diese beträchtliche Vermehrung der Einsatzstellen in zwei Monaten ist vor allem auf die umfangreichen Einsätze der T. N. bei den Haushaltsarbeitsstreiks, bei den Tiefbauen der Reichsbahnarbeiter im März/April d. J. und bei den noch jetzt anhaltenden Streiks in der Landwirtschaft zurückzuführen. Wegen ihrer Bedeutung seien, ohne auf Einzelheiten einzugehen, außerdem noch die Einsätze auf der Grube Alexandra (Westerwald), im Großraumwerk Hirschfelde bei Zittau, Stadt Gas- und Wasserwerk Hagen, Gaswerk Erfurt, Hochofenwerk Herrenberg, in den Norddeutschen Kohlen- und Koksmeilen Hamburg und schließlich auf den Zechen Rabod und Werne hervorgehoben. Die Vielseitigkeit der Einsatztätigkeit der T. N. kommt dabei besonders stark zum Ausdruck.

Meldungen aus dem Ruhegebiet.

Duisburg, 26. Mai. Bei Plünderungsversuchen in Weiberich wurden letzte Nacht zwei Kommunisten erschossen und vier andere verletzt.

Gelsenkirchen, 26. Mai. „Echo de Paris“ meldet aus Düsseldorf: Die Besatzungsbehörde verfügte die Auflösung der kommunistischen Hundertschaften im Ruhrrevier die sich in Oberhausen und Ruhrort gebildet hatten. Durch den Ruhrkreis ist die Ruhrindustrie bisher mit 2 Millionen Tonnen Lieferungsschäle rückständig geworden.

Berlin, 27. Mai. Die gestrigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Schlichtung des Konflikts im Bergbau haben noch zu keinem Ergebnis geführt.

Der Streik bezw. die Aussperrung in der Metallindustrie in Mannheim-Dudweiler ist nunmehr beendet nachdem heute früh die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen wurde.

dem Koffer genommen hatte, ging rasch ins erste Zimmer zurück und schloß die Tür zum Gang.

Draußen brannte kein Licht, die Finsternis stand schwer und lastend vor ihm. Er konnte keinen Schritt weit sehen. Trotzdem trat er in den Gang hinaus, blieb unentschlossen eine Weile stehen und horchte. Da er aber nichts hörte, ging er wieder ins Zimmer und schloß die Tür hinter sich ab. Sein Gesichtsausdruck war sehr nachdenklich geworden.

„Das ist höchst sonderbar,“ murmelte er vor sich hin. „Ich habe doch gemeint, ganz deutlich Schritte zu hören.“

Gleich darauf fuhr er wieder fort, seine Sachen auszupacken, und wie er so aus der Tiefe seines Koffers einen lieben und bekannten Gegenstand nach dem andern hergeholt, vergaß er anscheinend rasch das kleine Erlebnis. Er öffnete den neuesten Pariser Taschenkalender vor sich hin, und wenn er eine Photographic in die Hand bekam, wischte er mit dem Urmel seiner Samtjacke den Staub davon ab, schielte doppelt danach hin und murmelte einige Worte wie: „Na, guten Tag, Kleine, das war legeschmal ein netter Ausflug!“ oder „Bist du auch da?“ Wie geht's dir denn mit deinem kauischen Fürsten? Führst du ihn immer noch an der Nase herum?“

Die Bilder stellte er in Reihe und stellte auf seinem Schreibtisch auf, so daß nur noch ein ganz kleiner Raum zum Schreiben übrig blieb. Als er fertig war, betrachtete er das Regiment. Er lachte und schüttelte gutmütig den Kopf. Es waren lauter Damen in mehr oder weniger gewagten Stellungen, kleine Pariser Skorten und Blusenstücken. Die meisten dieser Bilder tragen lieblich geschriebene Unterschriften, und alle erinnerten ihn an frohe und vergnügte Stunden.

(Fortsetzung folgt.)

Das Chamäleon.

Von Sven Elvestad.

Autorisierte Uebertragung von Gertrud Bauer.
(10. Fortsetzung.)

Während der nun folgenden Stunde unterhalten sich der General und der Leutnant mit allerlei Pariser Erinnerungen. Dann geht auch der General zur Ruhe, und in dem großen Hause erleucht ein Licht nach dem andern.

Als sich der Leutnant auf sein Zimmer begibt, begegnet er im Vorraum Hans Christian mit einer brennenden Vaterne in der einen und dem Schlüsselbund in der andern Hand.

„Spät zu Bett und auf bei Zeit!“ bemerkt der Leutnant.

„Deshalb mache ich meine leichten Runde, Herr Leutnant. Er will weitergehen, allein der Leutnant hält ihn am Knopfloch fest.“

„Bitte, erleuchten Sie mich über eine Frage,“ sagte er.

„Schlaf ich allein im oberen Stockwerk?“

„Ganz allein, Herr Leutnant.“

„Und die andern Zimmer?“

„Die werden nur benutzt, wenn wir Gesellschaft haben, oder wenn noch mehr Gäste im Hause sind.“

„Und wo schlafst die Dienerschaft?“

„Ein Teil der Dienerschaft schlaf im südlischen Flügel; die andern schlafen im Deutelhaus.“

„Und Sie, Hans Christian, wo schlafen Sie?“

„Wenn der Herr General zu Hause ist, schlaf ich in einem Zimmer des südlischen Flügels. Wenn der Herr Leutnant etwas wünschen, brauchen Sie nur zu Klingeln.“

„Und falls ich Klingeln?“

„Dann komme ich gleich.“

„Gleich ist nicht das richtige Wort, Hans Chri-

stan. Wenn ich in der Nacht Klingeln sollte, dann müssen Sie sofort zur Stelle sein. Versprechen Sie mir das?“

Der Herr Leutnant findet so merkwürdig ernst. „Fürchten Sie, Herr Leutnant, es könnte etwas geschehen?“

„Ich fürchte mich vor nichts zwischen Himmel und Erde,“ erwiderte der Leutnant. „Über vergessen Sie ja nicht, was ich eben gesagt habe. Es ist dies ein Befehl.“

„Ich werde es nicht vergessen.“

Als der Leutnant die Treppe hinaufging, rief ihm Hans Christian noch nach:

„In Ihren Zimmern ist Licht, Herr Leutnant.“

Rosenkrantz betrat seine Gemächer und schloß die Tür hinter sich ab. Einige Minuten blieb er im ersten Zimmer stehen, schaute sich um und trat dann an den Kamin, wo er anfing, in der Glut zu stochern, daß das Feuer aufflammte. Er sah nach der Uhr: es war nahe an Mitternacht. Nun ging er in sein Schlafzimmer; beide Gemächer waren angenehm durchdrömt und sehr behaglich. Sein Nachtkrug war auf einem Stuhl am Bett ordentlich ausgelegt. An einem Haken hing seine Samtjacke, und als er diese erblickte, ließ er einen vergnüglichen Pfiff erklingen. Rasch warf er den Rock ab und zog die Hauslaken an.

Nun holte er seinen Schlüsselbund herbei und öffnete den großen Koffer, aus dem er eine Menge Gegenstände hergeholt: Briefpapier, Feder und Tinte, Toilettesachen, Photographien, was alles er mit Begeisterung, selbst der einfachsten Ordnungsrägen überallhin vertrieb.

Wölflich hielt er inne, horchte und schaute nach der Tür.

Deutetes Kapitel.

Eintritte.

Beinahe eine Minute lang horchte er angestrengt dann legte er vorsichtig aus der Hand, was er eben aus

Poincaré's Abschiedrede.

In seiner Abschiedrede im Generalrat des Staatsdepartements im Pariser Rue bemühte sich Poincaré, die Ergebnisse der französischen Wahlen durch die Mängel der Wahlordnung und die unzureichenden Maßnahmen zu erklären, mit denen die legale Kammer die Legislaturperiode notgedrungen habe beschließen müssen. Er leugnete jedoch nicht, daß aus der neuen Lage die parlamentarischen Konsequenzen gezogen werden müßten. Poincaré ging dann auf außenpolitische Fragen ein, insbesondere auf das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland. Eine endgültige Regelung der Separationsfrage sei immer durch Frankreich angestrebt worden. Die französische Regierung habe auch den Sachverständigenbericht vorbehaltlos angenommen und werde das Kriegsgebiet räumen, wie schon so oft gesagt, nach Abgabe der deutschen Zahlungen. Freilich sei gegenwärtig eine andere Frage akuter als die Zahlungen: nämlich die Frage der Sanktionen. Deutschland stelle zweifellos im Stillen sein Schiffsmaterial und seine militärischen Formationen wieder her. Frankreich dürfe sich also nicht einschärfen lassen und müsse immer wieder auf das Gut sein. Die friedliche Gesinnung, die den Franzosen eigen sei, habe sie ja nicht davor beschützt, schon einmal in einen schweren Krieg hineingezogen zu werden.

280 gegen 290.

In einem Artikel des „Temps“ über die durch die Kammerwahlen geschaffene Lage heißt es: Wenn man die Kommunisten nicht mitrechnet, könnten die Mehrheitsparteien auf rund 290 Mitglieder in der Kammer die Minderheitsparteien auf ungefähr 260 kommen. Der Unterschied betrage also höchstens 30 Stimmen. Also mit einer nicht zu unterschätzenden Aussicht auf Erfolg könnte die Minderheit, wie es ihr die Konstellation und republikanische Pflicht vorschreibt, die Schlacht aufnehmen.

Von Stadt und Land.

Aue, 27. M.

Die gesetzliche Miete für Juni. Das Justizministerium teilt mit, daß die gesetzliche Miete für Juni ebenso wie für April und Mai 1924 in Sachsen 35 Prozent der Friedensmiete in Gold beträgt. Hierzu kommt die Mietzinssteuer. Um her vorgetretene Zweifel zu beseitigen, wird noch besonders darauf hingewiesen, daß vom 1. April 1924 an die Nachzugspflicht der Miete aufgehoben ist und daß vom gleichen Zeitpunkt ab eine Übereinigungspflicht der Vermieter nur besteht, soweit sie von der Gemeindebehörde in einzelnen geschicklich geregelter Ausnahmen angeordnet wird.

Fahrplanänderungen. Ab 1. Juni treten auf hiesigen Linien folgende Änderungen im Zugverkehr ein: Linie Chemnitz—Aue—Dorf. Neue Züge: Ab Aue 7.27 nachm., an Chemnitz 9.21. Ab Chemnitz 10.24 vorm., an Aue 12.24 nachm. Ab Aue 2.25 nachm., an Eibenstock 3.01 nachm., ab Eibenstock 6.19 nachm., an Aue 6.53 nachm. Die beiden letzten Züge nur an Sonn- und Feiertagen bis September. 3. 1735 nach Chemnitz verkehrt ab Aue 11.22, an Chemnitz 1.09 nachm., Anschluß an D-Zug Berlin. 3. 1740 von Chemnitz nach Aue verkehrt ab Aue 5.20 nachm., bisher 5.40. Linie Werdau—Aue—Buchholz. Neue Züge: Ab Aue 9.30 nachm., an Zwönitz 10.31 nachm. Ab Werdau 5.26 nachm., an Aue 6.57 nachm. Ab Aue 10.32 nachm., an Zwönitz 11.30 nachm. Dieser Zug nur an Sonn- und Feiertagen. 3. 1964 wird die Schwarzenberg durchgeführt. Ab Aue 10.28 nachm., ab Aue 10.34 nachm. an Schwarzenberg 10.59 nachm. 3. 1981 beginnt in Schwarzenberg. Ab Schwarzenberg 4.13, an Aue 4.30 vorm., ab Aue 4.50, an Werdau 6.20 vorm. Weiteres siehe Auskunftspläne.

Sächsischer Schmiedetag in Aue. Am 28., 29. und 30. Mai von Mittwoch, den 28. Mai bis Freitag, den 30. Mai wird in unserer Stadt der sächsische Schmiedetag abgehalten werden. Die Tagesordnung steht zunächst für den Mittwoch eine erweiterte nicht-öffentliche Gesamtvorstandssitzung des Landesverbandes des sächsischen Schmiedegewerbes im Hotel „Burg Wettin“ vor. Nachmittags werden die auswärtigen Gäste am Bahnhof erwartet werden und abends 8 Uhr findet im „Bürgergarten“ der Begrüßungskommers statt. Am Himmelfahrtstage wird im „Bürgergarten“ der eigentliche öffentliche Verbundstag von früh 9 Uhr an abgehalten, dem sich nachmittags eine Besichtigung von Aue und der näheren Umgebung anschließen soll. Am letzten Tag endlich besichtigen die Teilnehmer den Auersberg zu besuchen.

Gitarren- und Gehlingsabend. Einen inhaltsvollen Abend bot die Ortsgruppe Aue des Jugendbundes im Gewerkschaftsbund der Angestellten am vergangenen Sonnabend. Der Auer Angestelltenjugend und ihren Angehörigen sollte von dem Wollen und Wirken der Jugend im G. d. A. ein Bild gezeigt werden. Der Abend ist recht gut gelungen, die munteren Gesänge, die flotten Volkslände und überhaupt all das jugendlich lebhafte, harmlos fröhliche und auch wieder sinnig ernste Leben und Treiben, das sich auf der Bühne darbot, gab einen herzerfrischenden Eindruck von neuer deutscher Jugend. — Im Mittelpunkt des Abends stand ein Vortrag des von der Reichsleitung des G. d. A. entsandten, aus Aue gebürtigen Jugendführers F. Günther Berlin, dessen Ausführungen „Beruf und Leben“ die Tatsache betonten, daß weite berufstätige Kreise in einer falschen Einbildung zum Beruf dieser mit seiner Alltäglichkeit nur als Mittel zum Geldverdienen, ja vielmals als Last empfinden, daß aber die Jugend des Angestelltenstandes ein neues Verhältnis zum Beruf erstrebt: Berufsfreude und Berufstollz sollen wieder eingespielt werden. Dazu gehört eine geistig und körperlich gesunde Jugend, die eine einfache Lebensweise führt, auf allen Alkohol und Nikotin, auf leichte Vergnügungen verzichtet, Freude an allem Schönem und Neinem, Liebe zur Heimat und Natur und zum Volk empfindet, über allem aber das Ziel verfolgt: „Der Beruf ist erste und wichtigste Lebensaufgabe.“ Diese Ausführungen wurden durch lauten Beifall belohnt.

Oberlehrer Thomas predigt. In der Nicolaitkirche wird am Himmelfahrtstag vormittags 9 Uhr Herr Oberlehrer Thomas predigen.

Gäßliche Schamanweihungen. Wie wir hören, werden die von der Sächsischen Landeshauptstadt und der Sächsischen Staatsbank die bis Mitte November 1923 ausgegebenen, auf Papiermark lautenden unverzinslichen sächsischen Schamanweihungen, soweit sie noch nicht vorgelegt worden sind, mit 15 Prozent des

Goldwertes am Tage der Einzahlung gemäß Paragraph 12 der 3. Steuernovordnung eingelöst. Dem Einzahlungsbeitrag wird ein Prozent des Goldwertes als Vergütung für zukünftige Zinsen zugeschlagen.

Vom Strelz im Höhfelden Steinholzbergbau. Der Bergbauliche Verein zu Zwönitz hat in den Gemeinden, in denen Bergarbeiter wohnen, folgendes Schreiben verbreitet lassen: „Wie wir hören bestehen in der Oeffentlichkeit immer noch Zweifel darüber, ob die Bergarbeiter zur Zeit ausgesperrt sind. Die Gemeinden gründen ihre armenrechtliche Unterstüzungstätigkeit darauf, daß der Bergarbeiter nicht in der Lage sei, infolge der Auspeisung seinem Verdienst nachzugehen. Um hierin endgültige Klarheit zu schaffen, stellen wir fest, daß der Bergbauliche Verein durch Anfang auf den Werken und in den Sitzungen am 9. und 10. Mai zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgerufen hat und daß infolgedessen von diesem Termin an einer Auspeisung unter keinen Umständen die Rede sein kann. Soweit die Arbeiter also jetzt der Arbeitsstätte fernbleiben, handelt es sich ohne jede Frage um einen Streik. Wir bitten, dies zur Kenntnis zu nehmen.“

Stieg der christlichen Listen bei den Elternratswahlen in Sachsen. Die diesjährigen Elternratswahlen in Sachsen zeigen einen unbedeutenden Erfolg der christlichen Listen. Der Rückgang der abgegebenen Stimmen liegt in dem Rückgang der Zahl der Wahlberechtigten begründet. Die Wahlbeteiligung schwankt zwischen 30 und 85 Prozent. Abgesehen von den drei Großstädten haben in 45 Orten die christlichen Listen die Mehrheit erlangt. Von den 661 in ihnen gewählten Vertretern sind 419 christlich und 244 weltlich. So daß 177 christliche Vertreter mehr vorhanden sind. Nimmt man das Ergebnis der drei Großstädte hinzu, in denen unbedeutende eine christliche Mehrheit errungen ist, so ergibt sich, daß außer 98 katholischen Vertretern von den 2718 gewählten Elternratsmitgliedern 1578 der christlichen Seite angehören, 1145 der weltlichen, so daß 438 christliche Vertreter mehr vorhanden sind.

Die Sommerferien beginnen am 12. Juli. Da der vorjährigen Beginn der Sommerferien am 14. Juli in diesem Jahre auf einen Montag fällt, hat das Kultusministerium angeordnet, daß die Sommerferien bereits am Sonnabend, 12. Juli, nach Schluss des planmäßigen Unterrichts beginnen.

Sport und Spiel

Bezirkstegeln in Thalheim. Am vergangenen Sonntag fand in Thalheim das Bezirkstegeln statt, wobei Thalheim selber mit 5108 Holz die Bezirkmeisterschaft für 1924/25 errang. Ihren Resultaten nach kam hinter Thalheim noch: Reußtal, Stollberg, Schneeberg, Aue (an 5. Stelle mit 4822 Holz), Zwönitz. Der Siegende Verband erhält eine Plakette.

Chemnitz. Die sensationelle Entlarvung Hannausens. Der in ganz Deutschland bekannte und überall mit seinem Medium Martha Ferra als Teil von ratselhafter Macht angestauten Hannussen hat in Chemnitz eine lästige Entlarvung erlitten. Zwei Wochen lang bildete er mit seinen erstaunlichen Leistungen das Stadtpräsidium. Der verdienstvolle Telepathenkarl Springer hatte in der Stadt einen Aufklärungsvortrag gehalten, in dem er Hannusens Raumenergieregende Leistungen für glatten Schwund erklärt und an Hand von Experimenten zeigte, daß sie auszuführen auch jedem Raum möglich seien. Hannussen antwortete in einem Zeitungsinserat von marktstreichlichem Schwunge, in dem er demjenigen 5000 Rentenmark bot, der ihm die Unwendung untreuer Tricks nachweisse und Springer vor eine Kommission von Arzten und Amtsgerichten forderte. Die daraufhin von Springer in einer öffentlichen Erwiderung gestellten Bedingungen, die jeden Täuschungsversuch unmöglich machen sollten, scheinen Hannussen zu gefährlich gewesen zu sein. Es kam nicht zu dieser Auseinandersetzung in Gegenwart von Fachleuten, das heißt abgesehen von jenseit erregten Szenen während Hannusens Vorstellungen im Metropoltheater. Den Telepathie-Aufzähler Bres Andrusen ließ Hannussen mit Gewalt aus dem Saale entfernen und griff ihn tatsächlich an. Der Bruder eines Zuschauers, ob seine Vorführungen Gedankenübertragungen seien oder nicht, wischte er mit der bestimmt Antwort aus, das sei Unsichtsache, und am nächsten Tage versuchte er, — allerdings vergeblich, Andrusen mit Hilfe der Polizei unter den unglaublichen Beschimpfungen zu entfernen. Martha Ferra erschien an diesem Abend nicht auf der Bühne, dagegen zeigten die anwesenden Aufzähler dem erstaunten Publikum ohne jegliche Anstrengung einige der Leistungen, die bisher immer tosende Beifallsstürme hervorgerufen. Am nächsten Tage war Hannusens Nummer vom Programm des Metropoltheaters abgezogen.

Leipzig. Kundgebung vor dem Völkerschlachtdenkmal. Unfähig der Tagung des Bundes Saarverein stand am Sonntagnachmittag im Beisein von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden unter Teilnahme von Landsmannschaften und Militärvereinen, der Innungen, sowie der Studentenschaft vor dem Völkerschlachtdenkmal eine große Saar- und Pfalzuniontagung statt, zu der fast sämtliche Ministerien des Reiches und der verschiedenen Bundesstaaten Vertreter entstanden waren. telegraphisch oder schriftlich ihre Glückwünsche entsandt hatten.

Leipzig. Ohne Muß. Die Kinomüster wie zum Teil auch ihre Kollegen vom Tanzsaal und Kaffeehaus haben nach erfolglosen Lohnverhandlungen am Sonntag ihre Tätigkeit eingestellt. Vor den Lichtspielhäusern waren Streikposten aufgestellt, die auf großen Plakaten, die „mußlosen“ Vorstellungen verklagten. Die Ballmuster und verschiedene Kapellen in Gaststätten-Etablissements, deren Besitzer die Lohnforderungen bewilligt haben, erklärt sich mit ihren Kollegen teilweise nicht solidarisch. Die Musiker sind in den Sitzeln getreten, ohne vorher den Schlichtungsausschuß zu hören. Ihre Forderungen lauten: bei täglich vierstündiger Arbeitszeit eine Wochengage in Höhe von 80 Mark, bei fünfstündiger Tätigkeit 72 Mark und bei sechsstündiger 64 Mark. Wölker wurden bei sechsstündigem Arbeitszeit monatlich 152 Mark gezahlt.

Röhrsdorfer. Unglücksfälle in der Elbe. In Röhrsdorf beim Baden in der Elbe ein Dreherleidung wahrscheinlich infolge eines Herzschlags. Am Donnerstag abend versank beim Baden in der freien Elbe in der Nähe des Huberhauses in Röhrsdorfer eine männliche Person. Trotzdem kam ein Herr vom Huberclub Röhrsdorfer nachsprang, konnte das tote Unwissen nicht mehr gerettet werden. Bald darauf ereignete sich an der gleichen Stelle ein gleicher Unfall. Zum Dankesfesttag des Huberclubs aus beweiste man, wie eine männliche Person in der freien Elbe lebt mit der Stromung kämpfte und nur noch mit den Händen aus dem Wasser zog.

Zwei in der Nähe wohnende Herren sprangen in voller Bekleidung in die Elbe und es gelang ihnen, den Ertrinkenden zu retten. Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg.

Weltkrieg (1914-1918).

Herrt oder Marx?

Berlin, 27. Mai. Unmittelbar nach Einführung der Deutschnationalen Antwort waren die Führer der Mittelparteien zusammen. Weder der Demokratie noch dem Zentrum der Meinung waren, daß mit der Deutschnationalen Antwort, die eine Niederschlagung der Forderungen der Mittelparteien darstellte, die Verhandlungen mit den Deutschnationalen abgebrochen seien, glaubten die Vertreter der Deutschen Volkspartei auf dem Rücklauf der Deutschnationalen Erklärung auf die Möglichkeit weiterer Verhandlungen hoffen zu können. Am Abend waren alle drei Mittelparteien darin einig, daß jetzt der Reichspräsident die Initiative zur Neubildung des Kabinetts zu erneut habe. In volksparteilichen Kreisen will man dem Reichspräsidenten die Erteilung des Auftrages zur Kabinettswahl an den Führer der Deutschnationalen Erklärung soll nicht erfolgen.

Programmatische Forderungen der Nationalsozialisten.

Berlin, 28. Mai. Die Fraktion der nationalsozialistischen Freiheitspartei sprach in ihrer heutigen Sitzung der Reichsregierung ihr Misstrauen aus und verlangte die umgehende Neuwahl eines Reichspräsidenten. Ferner wird die Aufhebung des Gesetzes zum Schutz der Republik und des Staatsgerichtshofes sowie Nachprüfung der Urteile des Staatsgerichtshofes durch die ordentlichen Gerichte gefordert. Ein weiterer Antrag verlangt die Ausweisung sämtlicher seit August 1914 zugewanderten Angehörigen der jüdischen Rasse aus Deutschland unter teilweise Vermögenskonfiszierung und Unterstellung aller Angehörigen der jüdischen Rasse unter ein Sonderrecht.

Drei Mittelparteien zum Schwerpunktsgutachten.

Berlin, 28. Mai. In einer einmütig angenommenen Erklärung zur außenpolitischen Lage weisen die bisherigen Regierungsparteien Zentrum, deutsche Volkspartei und deutsche demokratische Partei darauf hin, daß die innere Bereitschaft, die in Deutschland für die erforderliche Stellungnahme der Produktivität und die Übernahme schwerer Lasten notwendig ist, niemals geschaffen werden kann, solange das traurige Schicksal Tausender vertriebener und ihrer Freiheit beraubter Deutscher die Nation belastet und beunruhigt. Nach einem Hinweis auf die Unstimmigkeiten und Widersprüche in dem Gutachten, die für seine reibungslose Durchführung noch Feststellungen und klare Wünsche erfordert, verlangt die Erklärung, daß bei den Beratungen über die zu verabschiedenden Gesetze, namentlich über die Gestaltung der Reichsbahn und der Währungsbank, der maßgebende deutsche Einfluß in der Führung der Unternehmungen sichergestellt werden. Das Gutachten, dem die genannten Parteien nur mit den Verbehalten zustimmen können, welche auch die Schwerpunktigen bezüglich seiner Durchführbarkeit gemacht haben, müsse als ein unter Marx Gangas auch von den übrigen Nationen anerkannt werden.

In der Erklärung heißt es zum Schluß: Die Lösung der Reparationsfrage durch das Gutachten bedeutet die Wiederherstellung aller vertragsmäßigen Rechte des Deutschen Reiches und damit die Freiheit des nicht vertragsmäßig besetzten Gebietes von jeder Belästigung, sowie die Wiederherstellung des Rheinlandabkommen für die vertragsmäßig besetzten Gebiete und die Gewährleistung der Rechtsicherheit für deren Bewohner. Die unterzeichneten Parteien sind geneigt, in dem starken nationalen Willen die Regierung bei nach den vorstehenden Grundsätzen geleiteter Außenpolitik zu unterstützen und sich für die Durchführung der zu diesem Zweck erforderlichen geistlichen Maßnahmen einzulegen.

Wie die Internationale das Recht der Welt erlämpfen will.

Basel, 28. Mai. Das Exekutivkomitee der Bergarbeiterinternationale hat die einzelnen Landesdelegierten d. i. Internationale beauftragt, sich sofort mit dem Transportarbeiterverband in Verbindung zu setzen, um die Frage der Unterbindung sämtlicher Kohlentransporte nach Deutschland zur Unterstützung der deutschen Bergarbeiter zu erörtern.

Nach Unterzeichnung des Einwanderungsgesetzes hat Präsident Coolidge eine Erklärung abgegeben, die das Gesetz in seinen Grundzügen billigt, zugleich aber die Abschließung bestimmter Massen, besonders der japanischen, bedauert.

Kirchennachrichten.

St. Nikolai.

Fest der Himmelfahrt Christi. 29. 5.: vorm. 9 Festgottesdienst. Oberkirchenrat Thomas. Kirchenmusik: a) Der Friede sei mit euch! 2. St. Kinderchor mit Orgel v. Georg Schubert. b) Hilt mir, Herr, die Flügel spreiten. Einzelgesang mit Orgelbegl. von Wermann. 3 Uhr Taufen: d. Freitag, 8: Vorbereitung. 1. Kindergottesdienst 8: 30.

Friedenskirche.

Himmelfahrt: 9 Uhr Hauptgottesdienst, Beichts u. Abendmahl. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Freitag, 8 Uhr: Christi-Uverein. 1. Männer: Beratung über die Jahresfeiern. Erscheinen aller dringend erforderlich.

Neuapostolische Gemeinde Aue (Rudolf-Schweber-Gasse 74). Himmelfahrt: 9 Uhr: Hauptgottesdienst, 11 Uhr: Kindergottesdienst. Bräute und Gönner sind herzlich Willkommen.

Haben Sie einen echten türkischen Kaffee-Kanone in Ihrem Besitzraum oder in Ihrer Verwandtschaft? Den laden Sie einmal zur Kaffeepause ein und legen Sie ihm 2 Zellen Kaffee vor, eine davon mit Weißes und eine mit Schwarzen Kaffee. Jemand zubereitet, die andere ohne. Welche Zelle wird es wohl haben? Sie können gewiß sein, es trinkt nur die Zelle mit Weißes und Tülers Kaffee-Essig aus, denn diese Kaffee-Essig verfeinert den Geschmack so außerordentlich und zudem macht es das Kaffegetränk noch so erfreulich billig. Bitte machen auch Sie einmal einen Versuch.

Das Kommunistenfest in der Berliner Sowjet-Handelsvertretung.

Berlin, 26. Mai. Um Sonnabend hab durch die Berliner Polizei weitere drei Mitglieder der Gewerkschaftsvertretung, die kürzlich deutliche Reichsangehörige sind, festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. In der Beurteilung der Beziehungen zwischen Gewerkschaft und der bisherigen politischen Regierung angehört, obwohl die bisherigen politischen Entwicklungen und das Verhältnis eines der Wertheister einwandfrei ergeben haben, daß in der Gewerkschaftsvertretung seit über Jahresfrist alle politisch gesetzten Kommunisten ständig Wohnung gehabt und hier die Versammlungen der revolutionären Öffentlichen während der Unruhen des letzten Jahres abgehalten wurden.

Eine kommunistische Versammlung in München ausgehoben.

München, 26. Mai. Wie das Münchner Polizeipräsidium mitteilt, hatte es in den letzten Tagen in Erfahrung gebracht, daß in Villen eine kommunistische Führerversammlung stattfand. Am Sonntagvormittag konnte das Versammlungslokal festgestellt werden und, obwohl die Versammlung durch Rabatte und Späher gesichert war, gelang es einem auf Kraftwagen herbeigeeilten Polizeiaufgebot, die Konferenz mitten in ihrer Tagung zu überwältigen und 62 Teilnehmer festzunehmen, von denen 5 ihren Wohnsitz außerhalb Bayerns und 88 außerhalb Münchens haben. Aus dem beschlagnahmten Material ergibt sich, daß es sich um einen Bezirksparteitag handelte. Aus einer vorbereiteten Resolution geht hervor, daß die bei der Tagung erzielten Ergebnisse als entscheidende Schritte zur Einigung und Zusammenführung der Partei auf dem Wege zur freien sozialistischen Massenpartei dienen sollten und daß der Konferenz die beim Frankfurter Parteitag gefassten Beschlüsse zugrundelagen. Unter den Festgenommenen, die sich wegen Fortführung der in Bayern verbotenen Kommunistischen Partei zu verantworten haben werden, befinden sich die Landtagsabgeordneten Schlafer, Götz, Büsch, die Reichstagsabgeordneten Beckmann, München, Florin, Aden, Schlecht, Berlin, Stadtrat Thierau, München, der Parteiführer Thunig, der Kurier der KPD-Zentrale Berlin, Dr. Frank, die führenden Mitglieder der Münchner Ortsgruppe Lewara und Sellman.

In der R. P. D.

Im "Borwitz" findet sich folgende ergötzliche Mitteilung über die inneren Verhältnisse in der KPD. Der bisherige Abgeordnete im preußischen Landtag, Schumann-Halle, war erst kürzlich von seinem Vorgesetzten Ruth Fischer und Schlemmer bestimmt worden, weil er es gewagt hatte, an der Unfehlbarkeit der "linken" Taktik Zweifel zu üben. Das hat ihm die Partei Ruth so verübt, daß man sich mit der einfachen Verbannung nicht begnügt, sondern ihm auch das am 4. Mai errungene Reichstagsmandat wegen der erwiesenen Unwürdigkeit entzogen hat. Er hat dem Leiter des 11. Reichstagswahlkreises die

Richtsmaßnahmen des Mandats mitteilen müssen. Als Vertreterin der "linken" Taktik tritt an seine Stelle Helga Adler aus Halle, die in ihrer Heimat die "blutige Helga" genannt wird und durch ihre Rolle im Hölgplatz nicht unbekannt ist. Sie macht im Gegensatz zu Schumann in chemisch-reiner Linkspolitik und soll der Reichstagsfraktion der KPD den längst fehlenden Schwung verschaffen.

Neues aus aller Welt.

Ein Richter unter dem Verdacht der Anstiftung zum Mord. Ein am Breslauer Landgericht tätiger Richter wurde von der Kriminalpolizei unter dem Verdacht der Anstiftung zum Mord verhaftet und sofort dem Untersuchungsrichter zugeführt. Die Beschuldigung geht dahin, daß der Beamte, der seit Jahren unter dem Einfluß aus der Breslauer Lebenswelt stehen soll, die ihm nicht nur wirtschaftlich völlig ruinirt, sondern auch in der Öffentlichkeit beschäftigt habe, die eine dieser "Damen", die 30jährige Geschäftsfrau Hilde Rodekof zu einem Mord an der anderen als Dame tätigen Vorson namens Martha Hesse angestiftet haben soll. Ihm wird zur Last gelegt, daß er Rodekof den Auftrag zum Kauf eines Revolvers gegeben und auch nähere Anweisung zur Ausführung der Tat erteilt haben soll. Der Beschuldigte hingegen betreibt, das Geld zu diesem Zweck gegeben zu haben. Wie weiter aus Breslau gemeldet wird, ist es noch völlig zweifelhaft, ob tatsächlich Anstiftung zum Mord vorliegt, da die Anklage vorläufig nur auf den Beschuldigungen der recht zweifelhaften Dame beruht. Die Tat selbst kam jedenfalls zur Ausführung, und zwar ließ die Rodekof die Hesse in ihrer Wohnung unter falschem Vorwand auf und schoß aus einem kleinen Revolver fünf Schüsse auf die Hesse ab. Zwei Schüsse trafen dabei die Hesse zwar schwer, aber nicht lebensgefährlich. Sie vermochte die Täterin solange festzuhalten, bis Hilfe hinzugekommen war. Die Rodekof wurde verhaftet und gab bei ihrer Vernehmung an, daß sie sich mehrfach mit dem Richter ausgesprochen habe, auf welche Weise die Tat ausgeführt werden sollte. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Broges Thormann und Gründel begann. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts 1 in Berlin begann gestern der Prozeß gegen Thormann und Gründel, die beide beschuldigt sind, seinerzeit im Januar den Mordanschlag auf den General von Seeckt geplant zu haben. Der Schwurgerichtssaal war von Neugierigen und Interessenten überfüllt. Man rechnet damit, daß der Prozeß mehrere Tage lang dauern wird.

Schweres Autounfall in Oberbayern. Auf der Strecke zwischen Wangen und Starnberg in Oberbayern ereignete sich ein schweres Automobilunglück. Als ein von dem englischen Konsul Lord Cozen Hardi gesteuerten Wagen einem entgegenkommenden Auto an einer scharfen Kurve ausweichen wollte, geriet er in Folge scharfem Bremsens ins Schleudern, überfuhr sich und begrub den Wagen unter sich. Während dieser sofort tot war, erlitten die anderen Insassen leichte Verletzungen.

Autounfälle bei Berlin. Am Sonntag ereigneten sich in der Nähe von Berlin zwei schwere Automobilunfälle. In der Gegend von Bernau fuhr ein Automobil gegen einen Baum und

wurde zerstört. Der Chauffeur blieb unverletzt. Seine Schwester wurde getötet, während seine Frau mit schweren Beinverletzungen, ohne Kinder mit Kopfverletzungen und sein Schwager mit Handverletzungen davontaumelte. Nach in der Nähe von Lübben fuhr ein Automobil gegen einen Baum und überfuhr sich. Eine Insassin wurde gegen den Baum geschleudert und getötet, eine zweite Insassin erlitt schwere Knochen- und Weinschäden und ein mitfahrender Herr eine Quetschung und einen Beinbruch.

Geldmord in Werder. In Werder bei Potsdam erschoss am Sonntag ancheinend nach vorangegangenem Streit ein junger Arbeiter seine Braut und verlor dann, sich selbst zu erschießen. Da die Waffe versagte, sprang er in die Havel und ertrank. Seine Tochter wurde geboren. Ein zweites Drama spielte sich ebenfalls in Werder ab. Eine 29jährige Kaufmannsfrau war sich mit ihrem 8jährigen Töchterchen in die Havel und ertrank. Ein Tag der Technischen Not hilfe in Rostock. Infolge eines Streits der Transportarbeiter in Rostock wurde am 7. Mai u. a. die technische Not hilfe eingestellt. Da die Bemühungen des Rates der Stadt, diese Tätigkeit als im dringendsten Interesse der Allgemeinheit zunächst von den Streikenden selbst verrichten zu lassen, erfolglos blieben, muhte am 12. Mai die Technische Not hilfe zur Errichtung dieser Arbeiten eingesetzt werden. Die gleiche Arbeit hatte die Technische Not hilfe üblicherweise mehr als zwei Wochen lang bereits im März 1922 in Rostock zu erledigen.

600 neue englische Frontflugzeuge. Die Westminster Gazette veröffentlicht an erster Stelle neue Pläne, betreffend die Organisation der Luftstreitkräfte in England, die augenblicklich erweitert werden. George Salmon wird wahrscheinlich Chef der neu organisierten Heimatluftstreitkräfte werden, die 600 Frontflugzeuge und die zugehörigen Reserveflugzeuge umfassen würden. England wird in Beziehungen nach Art der Militärkommandobezirke eingeteilt. Nächstes Jahr würden auch neue Flugstationen geschaffen werden. Als Hauptverteidigungsstation für London kommt die Station Hendon in Frage.

Amtliche Bekanntmachung.

Die Kreishauptmannschaft Zwönitz hat den 10. Nachtrag zur Sparkassenordnung der Stadt Aue, den Rentenmarksparkett bestätigt, genehmigt. Eine Abschrift davon hängt im Geschäftsräume der Sparkasse aus.

Der Rat der Stadt Aue (Ergeb.).

Berantwortlich für den gesamten Anhalt: Paul Selmann, Druck u. Verl. Auer Druck- u. Verlagsgesell. m. b. H. Aue.

Husten Sie?

so kaufen Sie die millionenfach bewährten Kräuterol-Katarrh-Bonbons mit dem antiseptisch wirkenden Zusatz und Sie werden nie wieder etwas anderes wählen. Ueberall zu haben, wo die Reklame im Fenster.

Außergewöhnlich billige Strumpftage

Damenstrümpfe feinfädig, verstärkte Ferse und Spitze, schwarz und farbig Paar 45
Damenstrümpfe feinfädig, m. Doppelsohle schwarz weiß und farbig Paar 75
Damenstrümpfe Musselin mit Seidengriff, Doppelsohle, Hochferse, schwarz und farbig Paar 95
Damenstrümpfe Macrogarn, extra feinfädig mit Seidengriff, neueste Farben Paar 115
Damenstrümpfe Florette, Seidenglanz, Doppelsohle in modernen Farben Paar 145

Damenstrümpfe prima Seldenflor, klare Qualität, schwarz und Saisonfarben Paar 165
Damenstrümpfe Kunsthose mit verstärktem Oberschuh, schwarz und farbig Paar 165
Herrensocken Baumwolle verstärkt, feinfädig in modernen Farben Paar 45
Herrensocken Baumwolle 2fach, bunt, nur moderne Farben Paar 75
Herrensocken Seldenflor mit Doppelsohle in eleganten Saisonfarben Paar 125

Herrensocken Baumwolle, bunt, farbig und moderne Streimuster Paar 135
Herrensocken Kunstseide mit Flor verstärkt, grau, beige und hellste Farben Paar 165
Sportstrümpfen reine Wolle mit buntem Umschlagrand Paar 245
Kinderstrümpfe Baumwolle, doppelfädig mit verstärkt. Ferse und Spitze Serie I, Gr. 1-3 Serie II, Gr. 4-6 Serie III, Gr. 7-9 Paar 45 Paar 65 Paar 90

Kaufhaus Schocken / Aue.



Himmelfahrtstag
Herrenausflug.

Stellen 7 Uhr früh
Vereinslokal.

Erste Klingenthaler Pianofortefabrik Rudolf Schug & Söhne — Klingenthal i. Sa. empfiehlt ihre ersten technisch vorzüglich ausgearbeiteten

Planos
in allen Modestilen und modernen Stil, aus nur besten Material hergestellt, hervorragend im Ton, unter weitgehender Garantie zu sehr vorteilhaften Preisen. — Auch Teilzahlung gestattet. Besichtigung ohne Kaufpflicht. Katalog gratis, eventuell auf Wunsch auch persönlich Besuch.

Renn-Wett-Büro Zwickau i. Sa.

Magazinstraße 1a Fernruf 1962 Annahme von Wetten zu allen Pferderennen des In- und Auslandes. Schriftliche und telefonische Wettannahme im Konto-Korrent. Barauszahlung der Gewinne erfolgt sofort am Tage nach jedem Rennen.

Hochachtungsvoll **P. W. Nagel**

staatlich konzessionierter Buchmacher. Neueste Rennnotizen sind an der Bahnhofsbuchhandlung erhältlich.

Drucksachen.

in sauberster Ausführung liefert schnell und preiswert die Buchdruckerei des

Tageblattes.

Zuchtviehverkauf.

Kontinuierend Sonnabend und Sonntag steht in meinen Stallungen der **ganze Viehbestand** eines größeren Betriebes, da unter sind 15 Stück Jungtiere, 10 Kühe (Odenburger Rasse) und 2 selten schöne **Simmenthaler Zuchtbullen**, sehr billige und attraktive Zahlungsbedingungen zum Verkauf. Jungtiere und Kühe von 30 Mark pro Zentner an.

Paul Gerold, Zwickau i. Sa.

Telephon Nr. 80 Hermannstraße 8-10

Thalia

Vollkorn-Brot

höchster Nährwert leicht verdaulich

Goethestr. 3 am Strehthaus.

Jahrradgummis

Wint. 2,75, 2,90

prima Qual. 3,65, 3,85

extraprime 4,25, 4,50

Schläuche prima .95

extra prima 1,25

Gedr. gedeckten prima 4,75

extra prima 5,-

• **Jahrräder** •

Zubehörteile billige

Marion grün.

Emil Levy, Pildesheim 96

Möbel Polsterwaren

eigener Werkst.

Teilzahlung gestattet.

Damen- und

Herr.-Konfektion

Wäsche

Schuhwaren

Teilzahlung gestattet.

Paul Katz

Aue, Bahnhofstr. 34.

Preisw. zu verkauf.

1 Photoapparat, Erne-

mann, 18x18,

1 Antimeter, neu, Gr. 66,

1 Covercoatmantel, lös-

neu, mittl. Größe

Eckartenberger Str. 33, I.

Milchverschleudern!

5. Schnellrahm Gr. 40-45

la. Leder u. Holz, Paar 8,50

(in dr. 1,50 teurer) 5. Holz-

rahm m. Spanne in Leder, best.

Butter Gr. 38-42 Paar 8,50

Überzeugt Sie sich in Probebe-

stall per Post oder in Waren-

d. Dopp. werthl. Vertreter pal-

o. R. Levy, Weißdorf 4. Gol-

Betreter

nachweislich bestens einget. bei Lebensmittelhandl., Bäckereien und Konditoreien sowie Jägerwaren- und Schokoladenfabriken. Ihr seit mehr als 50 Jahren fabrizierten Spezialitäten:

Essenzen, Extrakte